



Justizministerin Alma Zadić
APA / GEORG HOCHMUTH

und auch die Behörden Zeit benötigten, sich auf die neuen Regelungen einzustellen. Laut Grünen habe es sehr wohl einen intensiven informellen Austausch mit den Betroffenen, allen voran der Staatsanwaltschaft, gegeben. Staatsanwälte-Präsidentin Haslinger zieht hingegen einen späteren Beschluss einem Gesetz mit beträchtlichen Verschlechterungen vor.

5 Was antwortet das Justizministerium?

ANTWORT: Aus Sicht des von Alma Zadić (Grüne) geführten Justizministeriums werden die Staatsanwälte „weiterhin vollen Zugriff auf Chats und Co haben“ und auch „jeden Ermittlungsschritt selbst durchführen“ können. Außerdem bereite die Kriminalpolizei bereits heute die überwiegende Anzahl an sichergestellten Daten auf, nur in besonderen Fällen passe die durch IT-Experten der Justiz. Diese Möglichkeit würde künftig bestehen bleiben. Nun wolle man die Begutachtung

abwarten, sollten „weitere Präzisierungen notwendig sein, schauen wir uns das selbstverständlich gerne an“, schreibt das Ministerium.

6 Welche Vorgaben hat der VfGH der Politik gemacht?

ANTWORT: Ende 2023 veröffentlichte der Verfassungsgerichtshof (VfGH) ein Erkenntnis, mit dem die aktuellen Regelungen zur Handysicherstellung mit Jänner 2025 aufgehoben werden. Bis dahin muss das Gesetz „repariert“ sein. Smartphones seien nicht mit sonstigen Gegenständen, die sichergestellt werden können, vergleichbar, argumentiert das Höchstgericht. Immerhin sei darauf eine Vielzahl an personenbezogenen Daten gespeichert, wie Fotos, Videos, Suchverläufe, Standort- und Gesundheitsdaten. Künftig brauche es eine richterliche Genehmigung sowie genaue Grenzen, welche Daten ausgewertet werden dürfen, definiert der VfGH als Eckpunkte für eine Reform.

KURZ BEDAUERT AUS FÜR TÜRKIS-BLAU

„Es wär besser, wenn es anders gekommen wäre“

Der Ex-Kanzler plauderte in Wien über sein neues Leben – und seinen Blick auf die Innenpolitik.

Er zieht noch immer: Am Montagnachmittag war Sebastian Kurz zu Gast im C3-Business-Talk von Kommunikationsprofi Thomas Prantner – und die Reihen waren dicht gefüllt. Der ehemalige ÖVP-Obmann und Kanzler erzählte im Plauderton von seinem neuen Leben als Unternehmer, der mehr als die Hälfte seiner Zeit außerhalb Europas verbringt, vornehmlich in Israel und Abu Dhabi, über die Lage in Nahost („Die schwierigste Frage lautet: Wer magt Gaza?“), den Umgang mit Russland („Wir müssen auch mit autoritären Staaten reden, ansonsten: ‚Gute Nacht, Europa!‘“) und die EU-Migrationspolitik („Die wohlhabenden Staaten müssen entscheiden können, wer bei ihnen einwandert, alles andere wäre irre.“).



Ex-Kanzler Kurz, ÖVP AFP / ALEX HALADA

kis-Blau, das im 2019 abrupt wegen des Ibiza-Videos endete, weil die Koalition mit der FPÖ „sehr gut funktioniert hat“: „Es wäre besser gewesen, wenn es anders gekommen wäre.“ Die Regierung mit den Grünen erlebte Kurz dagegen als „sehr viel mühsamer“, was wenig verwundert, weil er Ende 2021 wegen Justizermittlungen zum Rücktritt gezwungen wurde.

Dass er sich mit FPÖ-Chef Herbert Kickl, an dessen Entlassung als Innenminister Türkis-Blau schließlich scheiterte, ausgesprochen habe, demen-tierte Kurz unüberhörbar nicht, was zur Frage führte, ob er das Nein von Kanzler Karl Nehammer zu einer Koalition mit Kickl als Fehler betrachte. Er beteilige sich nicht mehr an innenpolitischen Debatten, so dessen Vor-Vorgänger, der gegen seinen Schuldspruch wegen Falschaussage beruft: „Ich bin nicht mehr am Spielfeld.“ Wie er es selbst machen würde, war trotzdem allen Zuhörern klar. **Walter Hämmerle**

TROTZ NEHAMMER-ANKÜNDIGUNG

Keine weiteren Kassenstellen

Ankündigung des Kanzlers wird nicht umgesetzt.

Die Initiative der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK), 100 neue Kassenstellen aufzubauen, stieß auf breites Interesse. Mehr als 600 angehende Kassenärztinnen haben sich beworben, das je nach Bedarf mit einem Startbonus von bis zu 100.000 Euro lockt. Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) zeigte sich beeindruckt. Im Jänner kündigte er an, wei-

tere 100 Kassenstellen ermöglichen zu wollen: „Wir haben uns vorgenommen, 100 Stellen für Kassenärzte zu schaffen. Jetzt haben wir so viel Interesse geschaffen, dass zusätzlich noch 100 Kassenstellen ausgeschrieben werden“, sagte er damals. Am Samstag gab Andreas Huss von der ÖGK bekannt, dass die Regierung doch keine Mittel bereitstellt.